



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/104 - 6. Mai 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Von Istanbul bis Moskau</u> Reden und Communiqués vor dem Weltforum	26
2	<u>Man sollte sich schämen</u> CDU/CSU lehnt tatkräftige Hilfe für geflüchtete Zonenbauern ab Von W. Jansen	46
3	<u>Kein erhebendes Schauspiel</u> Zur Debatte über die Gehaltserhöhung für Beamte	53
4 - 5	<u>Fernando Fanbroni, der "aufgestandene Tote"</u> Seltsame Lösung der italienischen Regierungskrise Von unseren Korrespondenten in Rom	70
6	<u>Furchtbare Zahlen der Vernichtung</u> Der jüdische Friedhof von Athen	46

* * *

*

Von Istanbul bis Moskau

Reden und Communiqués vor dem Weltforum

sp - West und Ost haben jetzt, acht Tage vor der Gipfelkonferenz, öffentlich ihre Positionen bezogen. Beide Seiten wandten sich mit viel Getöse an das Forum der Welt, damit jeder weiß, woran er sich zu halten hat, wenn sich die Großen Vier an den Pariser Tisch setzen.

Kreml- und NATO-Astrologen interpretieren nun eifrig Communiqués und Reden, suchen bei dem einen und anderen die Wendung, sei es zum Bösen, sei es zum Guten.

Einzig feststellbarer Tatbestand ist jedoch: West und Ost wollen in Paris ihre Auffassungen durchsetzen. Sie haben durch mandatierte Sprecher die Welt wissen lassen, daß ihre und nur ihre Vorstellungen von der Lösung der Weltprobleme richtig sind. Die Ecken, an denen sie möglicherweise nachzugeben gedenken, sind noch nicht sichtbar. Aber nur auf die kommt es in Grunde genommen an.

Bei all' dem bleibt tröstlich zu wissen, daß Ost und West gleichermaßen voreinander Angst haben und wohl deshalb gemeinsam die Abrüstung als das wichtigste Problem überhaupt bezeichnen. Hier fügt sich die Überlegung an, ob über eine militärische Entspannung auch die Deutschland- und Berlin-Frage mit Aussicht auf Erfolg erörtert werden kann.

Es ist unter diesen Umständen keineswegs vermessen, die Bundesregierung zu ermahnen, eigene politische und militärische Vorstellungen zur Lösung aller dieser Probleme unseren westlichen Freunden näherzubringen. Die Deutsche Sozialdemokratie ist bereit, ihren Teil dazu beizutragen.

+ + +

Man sollte sich schämen.

Von W. Jansen

In der Fülle der Beratungen und Abstimmungen bei den Haushaltsberatungen droht ein Detail verloren zu gehen, das nicht nur wegen der damit verbundenen Summen, sondern mehr noch wegen der dahinter stehenden Geisteshaltung Beachtung verdient.

Die Vorgeschichte: Ehe man in die zweite Lesung des Haushaltes ging, nahm der Deutsche Bundestag Stellung zum Bauernlegen in der Zone. Die Bundesregierung verzichtete nicht darauf, nach dem amtierenden Präsidenten Prof. Carlo Schmid auch noch ihre Empörung durch Bundesminister Lemmer zum Ausdruck zu bringen. Außerhalb des Bundestages hatte inzwischen auch der Bundeskanzler den Vorgang in der Zone mit Entrüstung kommentiert. So weit, so gut.

In der zweiten Beratung des Haushaltes beantragte der SPD-Abgeordnete Reinhold Rehs unter Hinweis auf diese Erklärungen für die ländliche Siedlung 30 Millionen DM zusätzlich bereitzustellen, um so die Voraussetzungen einer wirksamen Hilfe für die geflüchteten Bauern zu schaffen. Als Deckung schlug er vor, die Düngemittelsubventionen - 230 Millionen DM - entsprechend zu kürzen. Das hätte er vielleicht nicht tun sollen. Für die CDU/CSU sprach Abg. Struve von "zusammengetrochnenen Erzeugerpreisen für Schweine", von "Preisminderungen auf dem Rindersektor" und ansonsten nahezu ausschließlich von Düngemittelsubventionen. Und gegen die Düngemittelsubventionen für die Bauern in Westdeutschland mit Land können die Bauern aus Mitteldeutschland ohne Land natürlich nicht aufkommen.

In der 3. Lesung versuchte es die SPD noch einmal, diesmal ohne Düngemittelsubventionen, aber mit entsprechender Vorbereitung durch die Abg. Reitzner und Schoettle. Als dann Abg. Bading den Antrag erneut begründete, wandte sich die CDU/CSU - die wohl nachdenklich geworden war und deshalb mittlerweile 6 (sechs statt 30) Millionen DM für diesen Zweck beantragte - gegen den SPD-Antrag mit der Begründung, wenn über 6 Millionen DM hinaus Gelder benötigt würden, könne sie der Finanzminister im Vorgriff auf das nächste Jahr zur Verfügung stellen. Der Finanzminister seinerseits wandte sich gegen den Sechsmillionen-Antrag der CDU/CSU mit dem Bemerkn, im Bedarfsfalle werde er bis zu sechs bis zu 30 Millionen DM im Vorgriff bereitstellen. Die CDU/CSU zog gehorsam ihren Antrag zurück.

Der Haushalt umfaßt 42 000 Millionen DM. Am gleichen Tage war im Bundestag zu hören, daß jährlich über 400 Millionen DM bewilligte Gelder nicht ausgegeben werden können und als "Reserve" zurückbleiben. Regierung und CDU/CSU lehnten aber den Antrag, 30 Millionen DM, weniger als ein Zehntel des offiziellen bundesrepublikanischen Überflusses, für die aus Mitteldeutschland vertriebenen und lautstark beklagten Bauern bereitzustellen, ab.

Sie sind sehr freigebig - mit Worten!
Und sehr engherzig - mit Taten!
Man sollte sich schämen!

Kein erhebendes Schauspiel

sp - Mit dem gestrigen Beschluß über die Gehaltserhöhung für die Bundesbeamten - dem nun die Länder folgen werden - ist der unerquickliche Streit über diese Frage für den Bundestag beendet. Unerfreulich war der Streit auch für die Beamten selber gewesen, denn niemand liebt es, über seine Vermögensverhältnisse in aller Breite öffentlich zu streiten, egal, ob einzelner Bürger oder ganzer Berufsstand. Das muß besonders für eine sozial gegenüber den anderen Arbeitnehmern herausgestellte Berufsgruppe gelten, die der Masse der Bürger als die Verkörperung des Staates schlechthin erscheint. Ihren Ansehen wird durch langwieriges Tauziehen über Gehaltserhöhungen nicht gedient.

Die Bundesregierung hätte den Auseinandersetzungen viel von ihrer Schärfe nehmen können, wenn sie die Beamten und ihre Gewerkschaften nicht von vornherein durch ihren völlig unzureichenden Vorschlag einer vierprozentigen Aufbesserung der Gehälter verbittert gehabt hätte. Der Bundesfinanzminister, wieder Gefahren für den Haushalt an die Wand malend, war in schlechter Position. Noch vor sechs Wochen hatte er vier Prozent als das äußerst Tragbare bezeichnet, gestern kämpfte er für sieben Prozent und sah inflationistische Gefahren erst bei neun. Das war schlechter Stil, denn es minderte den Kredit der Regierung. Appelle an die private Wirtschaft und die Arbeitnehmer, bei Lohnverhandlungen Zurückhaltung zu üben, verlieren durch derartige Prozentfeilscherei an höchster Stelle die Überzeugungskraft.

Die CDU/CSU befand sich in einer fragwürdigen Position. Ihre Vertreter im zuständigen Fachausschuß hatten nach Ablehnung des SPD-Antrages auf Erhöhung um zehn Prozent dem Kompromißantrag der FDP auf neun v.H. zugestimmt. Sie wurden von der Mehrheit ihrer Fraktion glatt desavouiert. Da sich der Bundeskanzler - offenbar in dem Glauben, die Beamten würden ohnehin CDU wählen - an der ganzen Sache uninteressiert zeigte, kam ihnen nicht dieselbe Hilfe von höchster Seite zugute, wie vor Monaten den Landwirten, denen der Regierungschef gegen den Willen seines Finanzministers in Sonderlaune 150 Millionen Mark bewilligt hatte. Auf solche Art die Staatsverdräusenheit zu fördern und denen recht zugeben, die sich materielle Vergünstigungen nur von massiven Drohungen und lautem Schreien versprechen, ist auf die Dauer ein gefährlicher Weg.

Als optisch bedeutendstes Übel bleibt der Beschluß der Bundestagsmehrheit, die Verbesserungen erst zum 1. Juni 1960 in Kraft treten zu lassen. Mummich besteht eine für jeden sichtbare Differenz zu den Lohn- und Gehaltsverbesserungen für die Arbeiter und Angestellten des Bundes, die seit dem 1. Januar 1960 in Kraft sind. Man kann gewisse Beamte, Angestellte und Arbeiter vergütungsmäßig nicht gleichstellen. Die gesicherte soziale Stellung des Beamten und das Fehlen der Sozialversicherungsabzüge von seinem Gehalt rechtfertigen unterschiedliche Vergütungen auch bei gleicher Tätigkeit.

Aber eine um fünf Monate verzögerte Gehaltsaufbesserung ist bei der Masse der Beamten, für die die Erhöhung um 50 DM herum liegt, eine Härte. Auf einen Schlag 250 Mark weniger zu erhalten als der Nachbar am Arbeitsplatz, stört den Betriebsfrieden. Die Verknüpfung mit dem Inkrafttreten der höheren Kriegsoffiziersrenten, die die Bundesregierung ins Feld geführt hatte, macht vollends deutlich, daß es nicht um einen sorgfältig abgestimmten Ausgleich für unterschiedliche Sozialleistungen innerhalb der öffentlichen Bediensteten ging, sondern um in fiskalische Willkür der Grund für das Datum des 1. Juni war.

Fernando Tambroni, der "auferstandene Tote"

P.E., Rom

Als der neuernannte italienische Ministerpräsident Fernando Tambroni seine Antrittsrede vor dem Senat hielt, wurde aus den Bänken der Opposition der ironische Zuruf laut: "Morto che parla!" Dieser allgemein geläufige und bekannte Ausdruck stammt aus dem Jargon der Lottospieler und besagt ungefähr soviel wie "auferstandener Toter". Wirklich ist Tambroni, der jetzt an der Spitze der Regierung steht, noch wenige Tage zuvor ein "politisch Toter" gewesen, den seine eigene Partei genötigt hatte, seinen Rücktritt einzurufen und dessen Laufbahn man allgemein für ruhmlos beendet hielt.

Rund vierzehn Tage waren zwischen dem Vertrauensvotum der Abgeordnetenkammer und dem des Senats verstrichen. Während dieser vierzehn Tage aber hatte sich eine Reihe seltsamer, für die heutigen politischen Verhältnisse in Italien höchst bezeichnender Vorfälle ereignet.

Die Regierung Tambroni hatte in der Abgeordnetenkammer mit sieben Stimmen Mehrheit ein äußerst knappes Vertrauensvotum erzielt. Dieses aber war nur dadurch zustande gekommen, daß außer der Democrazia Cristiana auch die Abgeordneten der neofaschistischen Sozialbewegung mit "Ja" gestimmt hatten, während sämtliche andere Parteien des Hauses der christlich-demokratischen Minderheitsregierung Tambroni das Vertrauen verweigerten.

Daraufhin beschloß der Vorstand der Democrazia Cristiana einstimmig, daß es moralisch unmöglich sei, mit einer ausschließlich von den Faschisten beigestellten Mehrheit zu regieren. Tambroni erhielt daher den Auftrag, den Staatspräsidenten um seine Entlassung zu ersuchen, was der neugebackene Ministerpräsident auch tat. Präsident Gronchi behielt sich seine Entscheidung vor, beauftragte aber den Führer des linken Flügels der Democrazia Cristiana, Amintore Fanfani, mit der Bildung einer Koalitionsregierung aus Democrazia Cristiana, Sozialdemokraten und Republikanern. Diese Koalition konnte freilich nur dann auf eine parlamentarische Mehrheit rechnen, wenn sich die Kenni-Sozialisten der Stimme enthielten. Kenni hatte dies auch zugesagt, vorausgesetzt, daß das Regierungsprogramm einige für die Sozialisten wesentliche Reformpunkte enthalte.

Wenige Stunden vor dem Abschluß der Regierungsbildung durch Fanfani wiederholte sich genau derselbe Vorgang, der bereits einige Wochen früher einen analogen Versuch Segni zum Scheitern gebracht hatte: Die rechtsgerichteten Abgeordneten der Democrazia Cristiana, deutlich vom Vatikan her ermutigt, rebellierten offen gegen den Beschluß des Parteivorstandes und drohten, die "links geöffnete" Regierung Fanfani im Parlament niederzustimmen, wie sie zuvor der analogen Regierung Segni den Kampf angesagt und damit diese unmöglich gemacht hatten.

Eigentlich hätte diese Revolte innerhalb der Regierungspartei zu den schärfsten disziplinarischen Maßnahmen, also zum Ausschluß der Meuterer aus der Partei führen müssen. Vor diesem Schritt aber schreckte der Parteisekretär Moro zurück, denn es wurde ihm zu verstehen gegeben, daß der Vatikan entschlossen sei, nötigenfalls eine zweite katholische Partei ins Dasein zu rufen und damit die schon lange drohende Spaltung der Democrazia Cristiana offen zu verwirklichen. Da in diesem Fall die zweite, neue katholische Partei über den ganzen Apparat der Katholischen Kirche und der von dieser ins Dasein gerufenen "Comitati Civici" sowie über die reichen Geldmittel der Großindustrie verfügt hätte, wäre der verbleibende "Rumpf" der Democrazia Cristiana ihr gegenüber organisatorisch und materiell weitaus ins Hintertreffen geraten.

Fanfani gab also seinen Versuch auf, womit die längst überfällige Reformierung der Democrazia Cristiana im sozialistischen Sinn zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen vereitelt worden ist.

Noch einmal haben sich Vatikan und Großindustrie im Bunde als stärker erwiesen. Dem Staatspräsidenten Gronchi aber blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als die nun schon mehr als zwei Monate dauernde Regierungskrise dadurch zu beenden, daß er das Rücktrittsgesuch Tanbronia ablehnte und diesen beauftragte, sich auf Grund des in der Deputierungskammer erzielten Vertrauensvotums nur auch dem Senat zu stellen. So ist es zur "Auferstehung des Toten" gekommen, eines Toten obendrein, der in seiner Senatsrede immer wieder hervorhob, daß er nicht eigentlich zu regieren gedenke, daß sein Kabinett vielmehr lediglich eine ganz unpolitische Geschäftsregierung darstelle, die das Budget zeitgerecht einbringen und im Herbst wieder abtreten wolle.

Stichtbare Zahlen der Vernichtung

H.G.S. - Der neue jüdische Friedhof von Athen, 1948 geweiht, befindet sich am Rande der Stadt, von wo man die Akropolis mit dem Parthenon. Er ist unmittelbar in der Nähe eines griechisch-orthodoxen Friedhofs zu finden, und sein tragischer Nachbar ist ein dritter Friedhof: der deutsche Soldatenfriedhof, der an ihn grenzt. Üblicherweise blenden die griechischen Großstadtfriedhöfe den auswärtigen Besucher mit dem Glanz ihrer schönen Marmorgräber und Marmorsockel, denn dieser kostbare Stein ist ja in Griechenland ein Naturstein.

Der jüdische Friedhof von Athen unter dem weltweiten Zeichen Magen David und in schöner kultischer Geschlossenheit hat eine Besonderheit: es gibt auf ihm kein Armengrab. Nicht, daß es keine armen Juden in Griechenland gäbe, es gibt deren viele, aber die Athener Gemeinde - wohl die einzige Gemeinde in Europa zwischen allen Konfessionen - setzt jedem Armen ebenso einen Marmorstein, wie es sich der Reiche selbst leisten kann. So überrascht die Geschlossenheit und die Andacht des Bildes eines wirklichen sozialen Friedens im Tode.

Dem deutschen Besucher aber drängt sich in schlichter Inbrunst das grosse Gedenkmal in der Mitte des Friedhofs auf: der Gedenkstein aus Marmor, der die Fakten der Judenvernichtung während der Besetzung in Griechenland aufweist.

Dort sind alle jüdischen Vorkriegsgemeinden Griechenlands mit ihren Zahlen vor und nach der deutschen Besetzung eingeschrieben. Die Ziffer der Vernichtung der Gemeindeglieder liegt zwischen 90 und 95 Prozent der Mitglieder. In Korfu überlebten von 2000 Juden nur 135, in Kawala von 2100 nur 42, in Drama von 1200 nur 30, in Janina von 1859 nur 163, in Sakynthos wurden alle 275 Juden ermordet, in Asta überlebten von 384 nur 60. Die schrecklichste Vernichtung traf die Gemeinde von Saloniki, das unter den Juden Griechenlands heute einen Namen wie Auschwitz hat. Hier überlebten von 56 000 Juden nur 1950.

Die Athener jüdische Gemeinde ist heute die grösste Griechenlands, sie umfasst 3000 Mitglieder. Ihre schöne Synagoge nach sefardischem Ritus wurde ein Sammelplatz jüdischen Lebens. Seit Ende der türkischen Herrschaft im vorigen Jahrhundert waren die Juden in Griechenland gern gesehen. Erst mit der deutschen Besetzung kam die Unruhe und Gruppen-spannung. Aber in den Bezirken des Landes, wo Partisanen kochten, wurden die meisten Juden gerettet; das weisen die geringeren Zahlen der Judenvernichtung in diesen Distrikten aus.

Auch in Athen waren unlängst einige Hakenkreuze geschnitten worden. Der Erzbischof der griechischen Staatskirche, der Metropolit von Athen, berief sofort eine Pressekonferenz ein und verurteilte diese Handlungen als unchristlich und unmenschlich. Die Griechen - sonst sehr deutschfreundlich und ohne Haß gegen Deutschland - wollen in jedem Falle mit ihren jüdischen Bürgern in Frieden und Eintracht leben.

----- + + + -----
Verantwortlich: Günter Markscheffel